

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Einleitung und Gang der Untersuchung .....	1
<i>A. Einleitung</i> .....	2
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	25
<i>C. Begriffe</i> .....	26
1. Kapitel: Analyse der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Außenseiterwirkungen .....	29
<i>A. Vorüberlegungen zur Systematisierung der Außenseiterwirkungen</i> ...	30
<i>B. Außenseiterwirkung aufgrund gesetzlicher Regelung</i> .....	30
<i>C. Außenseiterwirkung aufgrund tariflicher Normsetzung</i> .....	124
<i>D. Rechtsreflexe</i> .....	148
<i>E. Zusammenfassung</i> .....	151
2. Kapitel: Verfassungsrechtliche Grundlagen der Tarifwirkung auf Außenseiter .....	155
<i>A. Anwendungsbereich von Art. 9 Abs. 3 GG</i> .....	156
<i>B. Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Ausgestaltung des     einfachen Rechts</i> .....	157
<i>C. Zum Grundrechtstyp der Tarifautonomie</i> .....	181
<i>D. Mitgliedschaftliche Legitimation als Grenze von Tarifwirkung?</i> .....	199
<i>E. Eigene Ansicht: Die eigene Regelungsmacht     der Tarifvertragsparteien</i> .....	252
<i>F. Personelle Reichweite der Tarifautonomie</i> .....	261

G. Konsequenzen für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Außenseiterwirkungen .....	286
3. Kapitel: Die Reichweite der negativen Koalitionsfreiheit .....	321
A. Der Schutz der negativen Koalitionsfreiheit im Grundgesetz .....	322
B. Die Rechtsprechung zum Schutzbereich der negativen Koalitionsfreiheit .....	323
C. Die Begründung für den weiten Schutzbereich der negativen Koalitionsfreiheit .....	326
D. Negative Tarifvertragsfreiheit als eigenständige Kategorie .....	328
E. Alternative Anknüpfungspunkte .....	329
F. Stellungnahme .....	329
G. Die Europäische Menschenrechtskonvention .....	334
H. Das Unionsrecht .....	338
I. Folgen für die Bewertung von Außenseiterwirkungen .....	356
4. Kapitel: Der Schutz konkurrierender Koalitionen .....	365
A. Der Schutz konkurrierender Koalitionen aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	366
B. Einzelfragen zur Schutzrichtung der kollektiven Koalitionsfreiheit konkurrierender Koalitionen .....	372
C. Chancengleichheit und Gleichbehandlung .....	380
D. Zusammenfassung .....	388
5. Kapitel: Tarifaufonomie und staatliche Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen .....	391
A. Spannungsverhältnis zwischen Tarifaufonomie und staatlicher Regelungsbefugnis .....	392
B. Stellungnahme .....	404
C. Praktische Folgen .....	415
6. Kapitel: Zusammenfassung .....	425
A. Grund und Grenzen der Tarifaufonomie .....	425
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Spielräume .....	428

<i>C. Grenzen von Außenseiterwirkungen</i> .....	429
<i>D. Kompetenzdualismus zwischen Staat und Tarifvertragsparteien</i> .....	430
<i>E. Fazit</i> .....	431
<b>7. Kapitel: Stellungnahme zu aktuellen Vorschlägen aus Politik und Schrifttum</b> .....	433
<i>A. Stellungnahme zum Vorschlagspapier der Forschungsgruppe Differenzierungsklauseln</i> .....	434
<i>B. Stellungnahme zum Eckpunktepapier des BMAS und BMF „Fairer Mindestlohn – Starke Sozialpartnerschaft“</i> .....	441
<i>C. Ausblick</i> .....	452
<b>Die Ergebnisse in Thesen</b> .....	455
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	457
<b>Register</b> .....	487

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Einleitung und Gang der Untersuchung .....	1
A. <i>Einleitung</i> .....	2
I. Problem .....	3
1. Wirkungen von Tarifverträgen auf Außenseiter .....	3
2. Ungeklärte Legitimation der Tarifautonomie und der tarifvertraglichen Normsetzungsbefugnis .....	3
3. Kollektiv ausgeübte Privatautonomie als mangelhafte Erklärung des einfachen Rechts .....	6
4. Mitgliedschaftliche Legitimation der Tarifwirkung als angeblich verfassungsmäßige Vorgabe .....	6
5. Verfassungsrechtliche Implikationen der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie .....	7
a) Beschränkung der verfassungsrechtlichen Garantie der Tarifautonomie .....	7
b) Gegenrechte der Außenseiter .....	8
c) Strenge Anforderungen an die Rechtfertigung von Eingriffen .....	9
d) Konsequenzen .....	10
6. Von der Funktion zur Reichweite der Tarifautonomie .....	10
7. Schutz konkurrierender Koalitionen .....	11
8. Tarifautonomie und Gesetzgebung .....	13
9. Eingeschränkter Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers und der Tarifvertragsparteien .....	14
10. Stand der Forschung .....	15
II. Praktische Bedeutung .....	15
1. Erosion der Tarifbindung .....	16
2. Probleme einer sinkenden Tarifbindung .....	17
3. Zwei Wege die Tarifautonomie zu stärken .....	18
4. Rahmenbedingungen für ein funktionsfähiges Tarifvertragssystem .....	19

5. Funktionsschwächen der Tarifautonomie abfedern .....	19
III. Ziele .....	21
IV. Rechtliche Fragestellung am Beispiel der Betriebsnorm .....	22
1. Das Legitimationsproblem der Tarifwirkung auf Außenseiter ...	22
a) Beispiel der Betriebsnorm .....	22
b) Mangelnde Erklärbarkeit der Betriebsnorm mit der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie .....	23
2. Restriktive Auslegung des Betriebsnormbegriffs .....	24
3. Verfassungsrechtlicher Schutz von § 3 Abs. 2 TVG .....	24
4. Negative Koalitionsfreiheit und negative Tarifvertragsfreiheit ...	25
5. Ergebnis .....	25
B. Gang der Untersuchung .....	25
C. Begriffe .....	26
I. Außenseiter .....	27
II. Geltungsgründe von Außenseiterwirkungen .....	27
1. Kapitel: Analyse der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Außenseiterwirkungen .....	29
A. Vorüberlegungen zur Systematisierung der Außenseiterwirkungen ...	30
B. Außenseiterwirkung aufgrund gesetzlicher Regelung .....	30
I. Staatliche Geltungserstreckung von Tarifverträgen auf Außenseiter .....	31
1. Allgemeinverbindlicherklärung, §§ 5 Abs. 1 TVG, 5 Abs. 1a TVG .....	32
a) Regelungssystematik der Allgemeinverbindlicherklärung ...	33
b) Sozialpolitische Bedeutung .....	33
c) Funktionen der Allgemeinverbindlicherklärung .....	34
aa) Soziale Schutzfunktion .....	35
bb) Ordnungsfunktion .....	36
cc) Wettbewerbsfunktion .....	36
dd) Stützung der Tarifautonomie? .....	38
(1) Bedeutung des Streits für die Verfassungsmäßigkeit der Allgemeinverbindlicherklärung .....	38
(2) Argumente für die Stützung der Tarifautonomie ...	39
(3) Argumente gegen die Stützung der Tarifautonomie	40
(4) Präformierende Wirkung des Verständnisses von Tarifautonomie .....	41
(a) Verhältnis von individueller Freiheit und Tarifautonomie .....	41
(b) Verhältnis der Tarifautonomie zum Staat .....	42
(c) Tarifautonomie als kollektiv ausgeübte Privatautonomie .....	42

(5) Zweckgebundenes Grundrecht mit sozialer Schutzrichtung? .....	43
(6) Ergebnis .....	44
ee) Sicherung der Funktionsfähigkeit gemeinsamer Einrichtungen .....	44
ff) Entlastungsfunktion des Gesetzgebers .....	45
gg) Zwischenergebnis .....	46
d) Wirkung der Allgemeinverbindlicherklärung .....	46
aa) Normative Bindung an den Tarifvertrag selbst .....	46
bb) Unvereinbarkeit der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie mit dem Tarifrecht .....	48
e) Die Legitimation allgemeinverbindlicher Tarifverträge gegenüber Außenseitern .....	48
aa) Die Normsetzer allgemeinverbindlicher Tarifverträge ...	49
(1) Gemeinsame Normsetzung der Tarifvertragsparteien und des Staates .....	50
(2) Allgemeinverbindlicherklärung als rein staatlicher Rechtssetzungsakt .....	50
(3) Stellungnahme .....	51
(4) Zwischenergebnis .....	52
bb) Erklärungsansätze für die tarifvertragliche Normsetzungsbefugnis gegenüber Außenseitern .....	53
(1) Rechtfertigungslösung des BVerfG .....	53
(2) Theorie von der erweiterten Autonomie der Tarifvertragsparteien .....	54
(3) Erweiterung der Normsetzungsbefugnis durch den Staat .....	55
(4) Zwischenergebnis .....	56
cc) Zwischenergebnis .....	57
f) Verfassungsrechtliche Kritik an der Allgemeinverbindlicherklärung .....	57
aa) Beeinträchtigung der Tarifautonomie .....	58
bb) Zusammenwirken von Staat und Tarifvertragsparteien .....	58
cc) Verletzung des Demokratieprinzips .....	58
dd) Negative Tarifvertragsfreiheit .....	59
g) Verfassungsrechtliche Kritik an der Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Abs. 1a TVG .....	60
h) Die Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit der Allgemeinverbindlicherklärung .....	61
aa) Die Entscheidungen des BVerfG zur Verfassungs- mäßigkeit der Allgemeinverbindlicherklärung .....	61
bb) Weiter Einschätzungs- und Prognosespielraum bei der Gestaltung der Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik .....	62

cc)	Die Entscheidungen des BAG zur erleichterten Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifautonomiestärkungsgesetz .....	63
dd)	Völkerrechtskonformität der Allgemeinverbindlicherklärung .....	63
ee)	Zwischenergebnis .....	64
i)	Zweifel an der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie .....	64
aa)	Unvereinbarkeit der Theorie mit dem Tarifrecht .....	64
bb)	Mitgliederübergreifende Funktionen des Tarifvertrages .....	65
cc)	Systemimmanenz von Außenseiterwirkungen .....	67
dd)	Fazit .....	67
j)	Reformvorschläge und Handlungsspielräume des Gesetzgebers .....	68
aa)	Das „öffentliche Interesse“ nach § 5 Abs. 1 S. 2 TVG ...	69
bb)	Umkehr des Regel-Ausnahme-Prinzips des § 5 Abs. 1 S. 2 TVG .....	71
cc)	Vetorecht der Arbeitgeber .....	72
dd)	Besonderheiten bei § 5 Abs. 1a TVG .....	72
ee)	Zwischenergebnis .....	73
k)	Zusammenfassung .....	73
2.	Rechtsverordnung, §§ 7, 7a AEntG .....	75
a)	Regelungssystematik der Verordnungsermächtigung .....	75
b)	Sozialpolitische Bedeutung .....	76
c)	Ziele des Gesetzgebers .....	77
d)	Verfassungsrechtliche Kritik an der Geltungserstreckung von Tarifnormen durch Rechtsverordnung .....	78
e)	Rechtsprechung des BVerfG .....	79
f)	Wirkung von Rechtsverordnungen auf Außenseiter .....	80
g)	Bedeutung der Einordnung der Rechtsverordnung als staatliches Recht für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Erstreckung von Tarifnormen .....	81
aa)	Legitimationsfragen .....	81
bb)	Negative Koalitionsfreiheit und negative Tarifvertragsfreiheit .....	82
cc)	Tarifautonomie und Betätigungsfreiheit konkurrierender Koalitionen .....	83
dd)	Zwischenergebnis .....	85
h)	Verfassungsrechtliche Vorgaben einfachrechtlicher Ausgestaltung .....	85
i)	Zur Auslegung der Tatbestandsvoraussetzungen .....	86
aa)	Bestimmung des öffentlichen Interesses .....	86

bb) Repräsentativität eines Tarifvertrages .....	88
cc) Zwischenergebnis .....	88
j) Zusammenfassung .....	89
3. Lohnuntergrenze nach § 3a AÜG .....	90
4. Sozialkassenverfahrensicherungsgesetze .....	91
a) Hintergrund und sozialpolitische Bedeutung .....	92
b) Ziele des Gesetzes .....	93
c) Wirkung auf „Außenseiter“ .....	93
d) Verfassungsrechtliche Kritik im Schrifttum .....	94
e) Bestandsaufnahme der Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit des SokaSiG .....	94
aa) Keine Beeinträchtigung der Tarifautonomie nach Art. 9 Abs. 3 GG .....	94
bb) Keine Beeinträchtigung der Tarifautonomie konkurrierender Koalitionen .....	95
cc) Sonstiges .....	95
dd) Fazit .....	96
f) Ergebnis .....	97
5. Zusammenfassung .....	97
a) Rechtliche Grundlagen der staatlichen Geltungserstreckung von Tarifverträgen auf Außenseiter .....	98
b) Verfassungsrechtliche und einfachrechtliche Fragen .....	99
II. Außenseiterwirkung aufgrund des Gleichstellungsgrundsatzes des § 8 AÜG .....	100
1. Wirkung auf Außenseiter .....	101
2. Verfassungsrechtliche Kritik .....	101
3. Bewertung .....	102
4. Ergebnis .....	103
III. Nachbindung und Nachwirkung von Tarifverträgen .....	103
1. Nachbindung, § 3 Abs. 3 TVG .....	103
a) Zweck der Regelung .....	104
b) Normative Bindung trotz Entzug des Mandats .....	104
c) Tarifbindung kraft gesetzlicher Anordnung oder mitgliedschaftliche Legitimation der Nachbindung? .....	105
d) Legitimation der Nachbindung .....	106
e) Verfassungsrechtliche Kritik .....	106
f) Ergebnis .....	107
2. Nachwirkung, § 4 Abs. 5 TVG .....	107
a) Zweck der Nachwirkung .....	107
b) Im Nachwirkungszeitraum begründete Arbeitsverhältnisse .....	108
c) Wirkung auf Außenseiter und Geltungsgrund nachwirkender Tarifverträge .....	108
d) Verfassungsrechtliche Bewertung .....	109



e) Ergebnis .....	110
IV. Tariftreue .....	110
1. Ausgestaltung und Ziele der Tariftreue Regelungen .....	111
2. Wirkung auf Außenseiter .....	112
3. Die Entscheidung des BVerfG zum Berliner Vergabegesetz .....	113
4. Verfassungsrechtliche Kritik .....	115
a) Das Repräsentativitätserfordernis .....	115
b) Kritik des Verwaltungsgerichts Düsseldorf und des Schrifttums .....	116
c) Recht der Koalitionen auf eine Entgelthöchstgrenze? .....	116
d) Institutionelle Beeinträchtigung der Tarifautonomie? .....	117
5. Rechtspolitische Forderungen .....	117
6. Ergebnis .....	118
V. Weitergeltung von Tarifverträgen nach Betriebsübergang, § 613a BGB .....	118
1. Regelungssystematik .....	118
2. Ziel der Regelung .....	119
3. Wirkung auf den Außenseiter .....	120
4. Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht? .....	120
a) Rechtsprechung des EuGH .....	121
b) Interpretation im Schrifttum .....	122
c) Bewertung .....	122
d) Zwischenergebnis .....	123
5. Ergebnis .....	123
VI. Zusammenfassung .....	124
C. Außenseiterwirkung aufgrund tariflicher Normsetzung .....	124
I. Betriebsnormen und betriebsverfassungsrechtliche Normen	
i.S.v. § 3 Abs. 2 TVG .....	125
1. Wirkung auf Außenseiter .....	126
a) Schrifttum .....	126
b) Rechtsprechung des BAG .....	127
c) Bewertung .....	128
d) Ergebnis .....	130
2. Das Legitimationsproblem .....	130
a) Keine privatautonome Erklärung der Betriebsnorm .....	130
b) Keine Legitimation durch die Notwendigkeit einer betriebseinheitlichen Regelung .....	131
c) Bewertung .....	131
3. Verfassungsrechtliche Kritik .....	132
4. Begriff und Anwendungsbereich von Betriebsnormen .....	133
5. Ergebnis .....	135
II. Einfluss von Inhaltsnormen auf das Betriebsverfassungsrecht .....	135

III. Tariföffnungsklausel für die Einsatzbranche, § 1 Abs. 1b S. 3 AÜG	136
IV. Tarifvertragliche Öffnungsklausel für Betriebsvereinbarungen	138
1. Wirkung auf Außenseiter	138
2. Verfassungsrechtliche Kritik	138
3. Ergebnis	140
V. Differenzierungsklauseln	140
1. Arten von Differenzierungsklauseln	140
2. Motive der Koalitionen	141
3. Wirkung von Differenzierungsklauseln auf Außenseiter	142
4. Sicht des BAG und verfassungsrechtliche Kritik des Schrifttums	143
5. Verfassungsrechtlicher Schutz von Differenzierungsklauseln durch Art. 9 Abs. 3 GG	145
6. Bewertung	145
7. Ergebnis	147
VI. Zusammenfassung	147
<i>D. Rechtsreflexe</i>	148
I. Begriff	148
II. Beispiele	149
1. Bezugnahmeklauseln	149
2. Bestimmung des üblichen Arbeitsentgelts	149
3. Festsetzung des Mindestlohns	150
III. Fazit	150
<i>E. Zusammenfassung</i>	151
I. Widerspruch der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie mit dem einfachen Recht	151
II. Restriktive Wirkungen der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie	152
III. Keine Außenseiter vor staatlichem Recht	153
 2. Kapitel: Verfassungsrechtliche Grundlagen der Tarifwirkung auf Außenseiter	 155
A. Anwendungsbereich von Art. 9 Abs. 3 GG	156
B. Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Ausgestaltung des einfachen Rechts	157
I. Schutzbereich von Art. 9 Abs. 3 GG	158
II. Schranken	160
III. Die Tarifautonomie als normgeprägtes Grundrecht	160
IV. Grundrechtsdimensionen der Tarifautonomie	162
1. Objektiv-rechtliche Dimension der Tarifautonomie	163
2. Subjektiv-rechtliche Dimension der Tarifautonomie	164
3. Bewertung	165

4. Der Kernbereich der Tarifautonomie .....	166
a) Die Rechtsprechung des BVerfG zum Kernbereich von Art. 9 Abs. 3 GG .....	167
b) Die Bedeutung des historischen Wesens und des Zwecks für den unantastbaren Kernbereich .....	169
c) Die Bestimmung des Kernbereichs .....	169
aa) Bestandsschutz und Mitgliederwerbung .....	169
bb) Tarifvertragsfreiheit und Normsetzungsbefugnis .....	170
cc) Selbstbestimmung .....	170
dd) Regelungsbefugnis .....	171
d) Zwischenergebnis .....	172
e) Institutionelle Kernbereichsgarantie .....	172
f) Abwehrrechtlicher Schutz normgeprägter Freiheiten .....	173
5. Zusammenfassung .....	174
V. Unterscheidung von Eingriff und Ausgestaltung .....	174
1. Rechtsprechung .....	175
2. Schrifttum .....	176
3. Bewertung .....	177
VI. Rechtsfolgen von Eingriff und Ausgestaltung .....	178
VII. Bedeutung der Unterscheidung von Eingriff und Ausgestaltung ...	179
VIII. Kontrollmaßstab ausgestaltungender Regelungen .....	180
IX. Ergebnis .....	180
<i>C. Zum Grundrechtstyp der Tarifautonomie .....</i>	<i>181</i>
I. Der eigenständige Schutz der Tarifautonomie durch Art. 9 Abs. 3 GG .....	182
II. Status quo: Freiheitlicher Charakter und Schutzzweck der Tarifautonomie .....	183
III. Die Tarifautonomie als klassisches Freiheitsrecht? .....	184
1. Verhältnis von individueller Freiheit und Tarifautonomie .....	184
2. Verhältnis von Tarifautonomie und Staat .....	185
3. Tarifautonomie als Garant von Fairness und Vertragsgerechtigkeit? .....	188
4. Zwischenergebnis .....	189
IV. Die Sicht des BAG und des BVerfG auf den Grundrechtstyp der Tarifautonomie .....	189
1. Die Rechtsprechung zur Tariffähigkeit der Koalitionen .....	190
2. Funktionale Auslegung von Art. 9 Abs. 3 GG durch die Rechtsprechung .....	191
3. Soziale Schutzdimension und Schutzrichtung .....	191
4. Ergebnis .....	193
V. Stellungnahme: Zweckgebundenes Grundrecht mit sozialer Schutzdimension .....	193

1. Tarifaufonomie als dienende Freiheit und funktionale Auslegung .....	193
2. Kein neutrales Grundrecht .....	194
3. Die soziale Dimension der Tarifaufonomie .....	194
4. Erfüllung sozialstaatlicher Funktionen als Verfassungserwartung .....	195
5. Zwischenergebnis .....	197
VI. Folgen für die verfassungsrechtliche Bewertung von Außenseiterwirkungen .....	198
1. Zweckgebundenes Grundrecht mit sozialer Dimension .....	198
2. Unterstützung der sozialen Dimension durch den Gesetzgeber .....	198
3. Staatliche Geltungserstreckung von Tarifverträgen und Tarifaufonomie .....	198
D. <i>Mitgliedschaftliche Legitimation als Grenze von Tarifwirkung?</i> .....	199
I. Tarifaufonomie und tarifvertragliche Normsetzungsbefugnis .....	200
1. Unterschiedliche Bedeutung von Tarifaufonomie und Normsetzungsbefugnis .....	200
2. Problematische Vermischung der Begriffe .....	202
3. Ergebnis .....	203
II. Allgemeines zur Legitimation der Regelungsmacht der Tarifvertragsparteien .....	203
1. Begriff der Legitimation und Legitimationsgründe .....	204
a) Erklärbarkeit von Herrschaftsbefugnissen .....	204
b) Notwendigkeit der Erklärung von Herrschaftsbefugnissen .....	205
2. Kritik im Schrifttum am Begriff der Legitimation .....	205
3. Bewertung .....	206
III. Mögliche Formen der Legitimation der Regelungsmacht der Tarifvertragsparteien .....	207
1. Ableitung vom Einzelnen: Die Lehre von der mitgliedschaftlichen Legitimation .....	207
2. Ableitung vom Staat: Die Delegationstheorie .....	207
3. Eigene Regelungsmacht: Originäre Autonomie .....	207
a) Genossenschaftliche Rechtstheorie .....	208
b) Integrationstheorie .....	208
c) Anerkennungstheorie .....	209
4. Fazit .....	209
IV. Die Rechtsprechung des BAG und des BVerfG .....	210
1. Analyse der Rechtsprechung des BVerfG .....	210
a) Die Entscheidung zur Allgemeinverbindlicherklärung .....	210
b) Die Entscheidung zur dynamischen Verweisung auf Tarifverträge .....	212
c) Die Entscheidung zur Tarifeinheit .....	213

d)	Entscheidungen zur Tariftreue und zum Sozialkassenverfahrensicherungsgesetz .....	213
2.	Analyse der Rechtsprechung des BAG .....	214
a)	Die Rechtsprung des 4. Senats .....	214
b)	Mitgliedschaft als einfachrechtliche Erklärung für die Normwirkung .....	215
c)	Entscheidung zu einfachen Differenzierungsklauseln .....	216
d)	Formel mit wenigen Rechtsfolgen .....	216
3.	Ergebnis .....	217
V.	Die Begründung für die mitgliedschaftliche Legitimation der Tarifaufonomie .....	217
1.	Historische Entwicklung .....	218
2.	Originäre Rechtsetzungsgewalt nur gegenüber den Mitgliedern .....	220
3.	Exklusive Alternativität von Fremd- und Selbstbestimmung, von Staat und Individuum sowie von Privatrecht und öffentlichem Recht .....	220
4.	Keine Freiheitsbeschränkung durch originäre intermediäre Instanzen .....	221
5.	Alternativität von staatlicher Delegation und mitgliedschaftlicher Legitimation .....	222
VI.	Stellungnahme .....	222
1.	Die historische Entwicklung der Kollektivautonomie .....	223
a)	Formaler Charakter der Vertragsfreiheit .....	224
b)	Herausbildung der Koalitionen als Reaktion auf die „soziale Frage“ .....	225
c)	Historische Herausbildung als Kollektivautonomie und nicht Privatautonomie des Einzelnen .....	227
d)	Die Anerkennung der Koalitionen im Stinnes-Legien-Abkommen und der WRV als Repräsentanten der Arbeiter .....	228
e)	Art. 9 Abs. 3 GG als Doppelgrundrecht .....	229
f)	Zwischenergebnis .....	230
2.	Tarifaufonomie zwischen privatem und öffentlichem Recht sowie zwischen Selbst- und Fremdbestimmung .....	230
a)	Tarifaufonome Gestaltung als Dualismus von Privatrecht und öffentlichem Recht .....	230
aa)	Ablehnung der Delegationstheorie .....	231
bb)	Zwingende öffentlich-rechtliche Anerkennung der Tarifnormgeltung gegenüber dem Mitglied .....	231
cc)	Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch die Koalitionen .....	232
dd)	Entlastung des Gesetzgebers durch Indienstnahme der Tarifvertragsparteien .....	233
ee)	Zwischenergebnis .....	235

b) Tarifaufonome Regelungen als Fremdbestimmung gegenüber dem Mitglied .....	235
c) Zwischenergebnis .....	236
3. Die Zeit vor der TVVO .....	237
a) Historischer Kontext .....	237
b) Sinzheimer's Erklärung für die verbindliche Geltung von Tarifverträgen .....	238
c) Bewertung .....	239
d) Zwischenergebnis .....	240
4. Entstehungsgeschichte des Art. 9 Abs. 3 GG .....	240
a) Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee im August 1948 ...	241
b) Beratungen zu Art. 9 Abs. 3 GG im Parlamentarischen Rat	241
aa) 1. und 2. Lesung zu Art. 9 GG .....	241
bb) Bewertung .....	244
c) Keine Vorgabe einer Wirtschaftsordnung durch die Verfassung .....	245
d) Zwischenergebnis .....	246
5. Arbeitskampf und Streikrecht von Außenseitern aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	247
a) Streikrecht der Außenseiterarbeitnehmer .....	247
b) Implikationen des Arbeitskampfes für Außenseiter .....	248
c) Erzwingen eines Tarifvertrages durch Arbeitskampf .....	249
d) Zwischenergebnis .....	249
6. Rechtspolitisch motivierter Rückgriff auf privatautonome Konzeption für Deregulierung und Flexibilisierung .....	249
a) Flexibilisierung des Arbeitsrechts .....	250
b) Einseitiger Schutz der Arbeitgeber .....	251
c) Zwischenergebnis .....	252
VII. Ergebnis .....	252
<i>E. Eigene Ansicht: Die eigene Regelungsmacht der Tarifvertragsparteien .....</i>	<i>252</i>
I. Tarifaufonomie als originäre Autonomie .....	253
II. Tarifaufonomie als originäre Autonomie im demokratischen System .....	253
1. Die Rechtsprechung des BVerfG zu originärer intermediärer Regelungsmacht .....	254
2. Vereinbarkeit originärer intermediärer Autonomie mit dem Demokratieprinzip .....	255
3. Zwischenergebnis .....	256
III. Charakter der Normsetzungsbefugnis – derivative, natürliche oder anerkennungsbedürftige Freiheit? .....	256
1. Weder mitgliedschaftliche Legitimation noch Delegation staatlicher Macht .....	256

2. Vorkonstitutionelle Freiheit? .....	257
3. Integrationstheorie .....	258
4. Anerkennungstheorie .....	259
5. Leistungsrechtlicher Anspruch auf die Anerkennung .....	259
6. Zwischenergebnis .....	259
IV. Intermediäre Regelungsmacht .....	259
V. Ergebnis .....	260
<i>F. Personelle Reichweite der Tarifaufonomie</i> .....	261
I. Die Beschränkung der Regelungsmacht der Tarifvertragsparteien auf die Mitglieder .....	262
II. Die personelle Reichweite der Regelungsbefugnis .....	262
1. Unterschied zwischen Normsetzungsbefugnis und Regelungsbefugnis .....	263
2. Sichtweise in der Rechtsprechung .....	263
3. Sichtweise im Schrifttum .....	264
4. Ergebnis .....	264
III. Die erweiterte Autonomie der Tarifvertragsparteien .....	265
1. Ausgangspunkt: Abgrenzung von Eingriff und Ausgestaltung sowie Rechtsfolgen der Ausgestaltung .....	265
2. Konsequenzen für die personelle Reichweite der Tarifaufonomie .....	266
3. Vereinfachte verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	267
4. Prima-facie-Anspruch auf unbegrenzte Anerkennung der tarifautonomen Regelungsmacht .....	268
IV. Stellungnahme .....	269
1. Zum grundrechtlichen Schutzbereich normgeprägter Grundrechte .....	269
2. Enge oder weite Tatbestandstheorie zur Auslegung der Tarifaufonomie? .....	270
a) Enge Tatbestandstheorie .....	270
b) Weite Tatbestandstheorie .....	271
c) Aufgabe der Kernbereichsrechtsprechung durch das BVerfG .....	271
d) Anwendung auf die Tarifaufonomie .....	272
e) Zwischenergebnis .....	273
3. Die Ordnungsfunktion .....	273
a) Die Ordnungsfunktion in der Rechtsprechung .....	274
aa) Die Rechtsprechung des BVerfG .....	274
bb) Die Rechtsprechung des BAG .....	275
cc) Zwischenergebnis .....	277
b) Kritik .....	277
c) Stellungnahme .....	278

aa) Historischer Ursprung des Ordnungsgedankens .....	278
bb) Ordnungsfunktion und Gestaltungsaufgabe des Gesetzgebers .....	280
cc) Ordnungsfunktion und autonome Regelungsbefugnisse der Tarifvertragsparteien .....	281
dd) Ergebnis .....	281
4. Tarifaufonomie als Grundrecht mit Schutzzweck .....	281
a) Funktionale Auslegung des Freiheitsbereiches .....	282
b) Außenseiterwirkungen als Förderung des Schutzzwecks ....	282
c) Schutzbedarf vor fremdbestimmender Regelungsmacht? ...	283
d) Zwischenergebnis .....	284
5. Vereinbarkeit der erweiterten Autonomie mit dem einfachen Recht .....	284
6. Vereinbarkeit der erweiterten Autonomie mit der Rechtsprechung des BVerfG .....	284
7. Ergebnis .....	285
V. Ergebnis .....	286
G. <i>Konsequenzen für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit     von Außenseiterwirkungen</i> .....	286
I. Fehlendes verfassungsrechtliches Fundament der Theorie von der kollektiv ausgeübten Privatautonomie .....	286
1. Allgemeinverbindlicherklärung .....	287
2. Nachbindung und Nachwirkung .....	288
3. Betriebsnormen .....	288
II. Tarifaufonomie als gleichrangiges Grundrecht im Verhältnis zu den Grundrechten der Außenseiter .....	289
III. Verfassungsrechtlicher Schutz von Normen mit Außenseiterwirkung am Beispiel von Spannenklauseln .....	289
IV. Die Auflösung von Grundrechtskollisionen am Beispiel von Spannenklauseln .....	291
1. Kollisionslage im Fall von Spannenklauseln .....	291
2. Einseitiger Schutz der Vertragsfreiheit durch die Rechtsprechung des BAG .....	292
3. Gerechtfertigter Eingriff in die Vertragsfreiheit .....	293
4. Abwägung kollidierender Grundrechtspositionen .....	293
a) Verfassungsrechtliche Abwägung .....	294
b) Einfachrechtliche Abwägung .....	295
5. Ergebnis .....	295
V. Beeinträchtigung von Art. 9 Abs. 3 GG durch die Regelung des § 3 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 1 TVG .....	296
1. Beschränkung einer grundrechtlich verbürgten Freiheit .....	296
2. Kontrollmaßstab .....	296



3. Rechtfertigung .....	297
4. Ergebnis .....	297
VI. Ausgestaltungs- und Anerkennungspflichten des Gesetzgebers aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	297
1. Leistungsrechtliche Dimension von Art. 9 Abs. 3 GG .....	298
a) Leistungsrechte aus der subjektiv-rechtlichen Dimension der Tarifaufonomie .....	298
b) Leistungsrechte aus der objektiv-rechtlichen Dimension der Tarifaufonomie .....	298
c) Zwischenergebnis .....	299
2. Pflicht des Gesetzgebers zur Anerkennung der Normsetzungsbefugnis gegenüber den Mitgliedern .....	299
3. Verfassungsrechtliche Vorgaben an den Gesetzgeber, Außenseiterwirkungen zu regeln .....	300
a) Verfassungsrechtlicher Schutz des Instituts der Allgemeinverbindlicherklärung .....	301
b) Umfang des Ermessensspielraums und Ermessenreduktion auf null im Rahmen von § 5 Abs. 1 TVG .....	302
aa) Kein Ermessensspielraum auf der Rechtsfolgenseite ....	303
bb) Verengung des Beurteilungsspielraums auf Tatbestandsebene .....	305
cc) Der Anspruch auf Allgemeinverbindlicherklärung in der Rechtsprechung des BVerfG .....	306
dd) Zwischenergebnis .....	306
c) Verfassungsrechtlicher Schutz des Instituts der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen über gemeinsame Einrichtungen i.S.v. § 5 Abs. 1a TVG .....	307
d) Umfang des Ermessensspielraums im Rahmen von § 5 Abs. 1a TVG .....	308
e) Verfassungsrechtlicher Schutz von Betriebsnormen .....	309
4. Zusammenfassung .....	310
VII. Grenzen der erweiterten Autonomie der Tarifvertragsparteien ....	311
1. Befugnisnorm als Kollisionsnorm .....	312
2. Äußere Grenzen der Tarifaufonomie: Kollidierende Grundrechte und Verfassungsprinzipien .....	312
3. Innere Grenze der Tarifaufonomie: Zweckgebundene Freiheit ...	313
VIII. Spannungsverhältnis von erweiterter Autonomie und Differenzierungsklauseln? .....	313
1. Regelung von Außenseiterarbeitsverhältnissen als Freiheitsausübung .....	314
2. Differenzierung zwischen Mitgliedern und Außenseitern .....	314
3. Ergebnis .....	315
IX. Folgen für den Schutzbereich der koalitionspezifischen Betätigungsfreiheit .....	315

1. Rechtsprechung des BVerfG zu Beteiligungsrechten tarifvertragschließender Koalitionen .....	316
2. Beteiligungsrechte tarifvertragschließender Koalitionen am Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung .....	316
a) Beteiligung durch Antragsrecht nach § 5 Abs. 1 S. 1 TVG und § 5 Abs. 1a TVG .....	317
b) Kein Normsetzungszwang .....	317
c) Ambivalente Wirkung der Allgemeinverbindlicherklärung auf die Tarifautonomie .....	317
3. Beteiligungsrechte am Verfahren der Rechtsverordnungen auf Grundlage des AEntG .....	318
4. Ergebnis .....	319
 3. Kapitel: Die Reichweite der negativen Koalitionsfreiheit .....	321
A. Der Schutz der negativen Koalitionsfreiheit im Grundgesetz .....	322
B. Die Rechtsprechung zum Schutzbereich der negativen Koalitionsfreiheit .....	323
I. Tariftreueentscheidung des BVerfG .....	323
II. Rechtsprechung des BAG .....	324
1. Abweichungen von der Rechtsprechung des BVerfG? .....	324
2. Bewertung .....	325
3. Ergebnis .....	325
C. Die Begründung für den weiten Schutzbereich der negativen Koalitionsfreiheit .....	326
I. Vorrang privatautonomer Selbstbestimmung vor heteronomer Fremdbestimmung .....	326
II. Folgerungen aus dem Verständnis der Tarifautonomie als kollektiv ausgeübte Privatautonomie .....	327
III. Das Spiegelbildargument .....	327
D. Negative Tarifvertragsfreiheit als eigenständige Kategorie .....	328
E. Alternative Anknüpfungspunkte .....	329
F. Stellungnahme .....	329
I. Zur negativen Tarifvertragsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	329
1. Die negative Seite der Freiheitsrechte .....	329
2. Historische Auslegung von Art. 9 Abs. 3 GG .....	330
3. Teleologische Auslegung von Art. 9 Abs. 3 GG .....	331
4. Systematische Auslegung von Art. 9 Abs. 3 GG .....	331
5. Grund für die Normsetzungsbefugnis der Tarifvertragsparteien .....	332
6. Ergebnis .....	332
II. Zur negativen Tarifvertragsfreiheit als eigenständiges Grundrecht .....	332

III. Zu alternativen Anknüpfungspunkten .....	333
IV. Ergebnis .....	334
<i>G. Die Europäische Menschenrechtskonvention .....</i>	<i>334</i>
I. Gewährleistung der negativen Koalitionsfreiheit durch Art. 11 EMRK .....	335
II. Die Entscheidung des EGMR in der Rechtssache <i>Geotech</i> .....	335
1. Der Sachverhalt .....	336
2. Entscheidung: Keine Verletzung von Art. 11 EMRK .....	336
3. Bewertung .....	337
4. Ergebnis .....	338
<i>H. Das Unionsrecht .....</i>	<i>338</i>
I. Gewährleistung der negativen Vereinigungsfreiheit in der GRCh ...	339
II. Rechtsprechung des EuGH zur Reichweite der negativen Vereinigungsfreiheit .....	340
1. Die Entscheidung in der Rechtssache Werhof .....	340
2. Die Entscheidung in der Rechtssache Alemo-Herron .....	341
3. Die Entscheidung in der Rechtssache Asklepios .....	342
4. Zwischenergebnis .....	343
III. Schutz der negativen Tarifvertragsfreiheit durch die GRCh? .....	343
1. Schutz der negativen Tarifvertragsfreiheit durch Art. 12 GRCh? .....	343
a) Keine eindeutige Erweiterung des Schutzbereiches der Vereinigungsfreiheit im Sinne der negativen Tarifvertragsfreiheit .....	343
b) Verweis auf die Rechtssache Gustafsson .....	344
c) Keine Trennung von individualvertraglichem und kollektivrechtlichem Geltungsgrund des Tarifvertrages .....	345
d) Art. 16 GRCh als maßgebliches Erwerbergrundrecht .....	347
e) Inhaltstransfer nach Art. 52 Abs. 3 GRCh .....	347
f) Im Unionsrecht angelegte Außenseiterwirkungen von Tarifverträgen .....	348
aa) Der offene Gewährleistungsgehalt von Art. 28 GRCh .....	348
bb) Im Entsenderecht angelegte Außenseiterwirkungen .....	349
cc) Die Rechtsprechung des EuGH in den Rechtssachen Andersen und Holst .....	350
g) Zwischenergebnis .....	351
2. Schutz der negativen Tarifvertragsfreiheit durch Art. 16 GRCh? .....	351
a) Das Argument der „multidimensionale Grundrechtsposition“ .....	351
b) Stellungnahme .....	352
c) Bezugnahmeklausel als Ausdruck der Privatautonomie .....	353
d) Zwischenergebnis .....	354
3. Schutz der negativen Tarifvertragsfreiheit in Art. 56 AEUV? .....	355

4. Ergebnis .....	356
I. <i>Folgen für die Bewertung von Außenseiterwirkungen</i> .....	356
I. Folgen für Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers .....	356
1. Keine restriktive Auslegung von Rechtsnormen mit Außenseiterwirkung .....	356
2. Tarifverträge als Anknüpfungspunkt gesetzlicher Regelungen ...	357
3. Außenseiterwirkungen in der Leiharbeit .....	357
II. Folgen für den Gestaltungsspielraum der Tarifvertragsparteien am Beispiel von qualifizierten Differenzierungsklauseln .....	358
1. Vereinbarkeit mit der negativen Koalitionsfreiheit .....	359
2. Exkurs: Verstoß gegen die Vertragsfreiheit? .....	361
a) Vertragsfreiheit des Arbeitgebers .....	361
b) Vertragsfreiheit der Außenseiterarbeitnehmer .....	362
3. Abwägung mit der kollektiven Koalitionsfreiheit gem. Art. 9 Abs. 3 GG .....	363
4. Ergebnis .....	363
4. Kapitel: Der Schutz konkurrierender Koalitionen .....	365
A. <i>Der Schutz konkurrierender Koalitionen aus Art. 9 Abs. 3 GG</i> .....	366
I. Rechtsprechung des BVerfG zur kollektiven Koalitionsfreiheit konkurrierender Koalitionen .....	367
II. Die Rechtsprechung zum Schutz des Koalitionswettbewerbs aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	368
1. Die Rechtsprechung des BAG .....	368
2. Die Rechtsprechung des BVerfG .....	369
III. Stellungnahme zum Schutz des Koalitionswettbewerbs .....	369
1. Das Recht auf Mitgliederwerbung .....	369
2. Keine Verpflichtung des Gesetzgebers zur Ausgestaltung eines pluralistischen Tarifsystems .....	370
3. Recht der Koalitionen auf divergierende Normsetzung .....	370
4. Zwischenergebnis .....	371
IV. Auslegung nach dem Zweck der Tarifautonomie .....	371
B. <i>Einzelfragen zur Schutzrichtung der kollektiven Koalitionsfreiheit konkurrierender Koalitionen</i> .....	372
I. Die Verdrängung konkurrierender Tarifverträge .....	372
1. Verdrängungswirkung des § 5 Abs. 4 S. 2 TVG .....	373
2. Verdrängungswirkung des § 8 Abs. 2 TVG .....	374
3. Zwischenergebnis .....	374
II. Die „Vorprägung“ von Tarifabschlüssen durch allgemeinverbindliche Tarifverträge .....	375
1. Vorprägende Wirkung auf zukünftige Tarifabschlüsse .....	375

2. Schutz vor faktischem Einfluss? .....	375
3. Unterbietungswettbewerb und Kartellfunktion des Tarifvertrages .....	376
4. Zwischenergebnis .....	377
III. Repräsentativitätserfordernisse .....	377
1. Repräsentativitätserfordernis als Eingriff in den Koalitionswettbewerb? .....	377
2. Beeinträchtigung der Richtigkeitsvermutung konkurrierender Tarifverträge? .....	378
3. Zwischenergebnis .....	379
IV. Ergebnis .....	379
C. <i>Chancengleichheit und Gleichbehandlung</i> .....	380
I. Schutz der Chancengleichheit aus Art. 9 Abs. 3 GG .....	380
II. Allgemeiner Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG .....	381
III. Folgen für ausgewählte Einzelfragen .....	381
1. Regelungsbefugnisse der Tarifvertragsparteien der Entleiherbranche .....	381
a) Die dogmatische Besonderheit des § 1 Abs. 1b S. 3 AÜG ...	381
b) Legitimation .....	383
c) Grundrechtseingriffe .....	384
d) Rechtfertigung .....	384
2. Exekutive Auswahlentscheidung im Rahmen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen .....	385
3. Exekutive Auswahlentscheidung im Rahmen von staatlichen Rechtsakten, insbesondere Rechtsverordnungen .....	386
D. <i>Zusammenfassung</i> .....	388
5. Kapitel: Tarifaufonomie und staatliche Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen .....	391
A. <i>Spannungsverhältnis zwischen Tarifaufonomie und staatlicher Regelungsbefugnis</i> .....	392
I. Kein Normsetzungsmonopol .....	393
II. Vorrang der tarifaufonomien Regelung und Subsidiaritätsprinzip ...	393
1. Subsidiaritätskonzepte im Schrifttum .....	393
a) Gemäßigtes Subsidiaritätsprinzip .....	394
b) Strengere Subsidiaritätskonzepte .....	395
2. Aktuelle Rechtsprechung des BVerfG .....	396
a) Subsidiaritätsgedanke in den Obersätzen .....	396
b) Versteckter Kompetenzdualismus .....	396
c) Zwischenergebnis .....	397
3. Entscheidung des LAG Hessen zur Verfassungsmäßigkeit des SokaSiG .....	397

III. Kompetenzdualismus .....	398
1. Reduktion des Schutzbereiches .....	399
2. Ausgestaltung des institutionellen Gewährleistungsgehalts der Tarifautonomie .....	400
3. Einwände .....	401
4. Ergebnis .....	403
B. <i>Stellungnahme</i> .....	404
I. Einwände gegen ein strenges Subsidiaritätsprinzip .....	404
II. Gemäßigtes Subsidiaritätsprinzip oder Kompetenzdualismus? .....	405
1. Das Argument sinkender Attraktivität der Koalitionen .....	405
2. Das Argument zur Schwächung der Verhandlungsposition .....	406
3. Das Sachnäheargument .....	408
4. Die „Hausgüter“ der Tarifautonomie .....	410
5. Der sozialstaatliche Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers .....	411
6. Der Zweck der Tarifautonomie .....	413
7. Zur tatsächlichen Rechtsentwicklung .....	414
8. Keine Aufgabenentlastung der Tarifvertragsparteien bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Sozialstaats .....	414
III. Ergebnis .....	415
C. <i>Praktische Folgen</i> .....	415
I. Dispositives Antragsrecht der Tarifvertragsparteien im Verfahren zum Erlass von Rechtsverordnungen .....	416
II. Verfassungsrechtliche Anforderung an die Auswahl eines Tarifvertrages .....	417
III. Verdrängung von Tarifverträgen durch Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 2 AEntG .....	418
IV. Tariftreueregelungen mit Repräsentativitätserfordernis .....	420
V. Gleichstellungsgrundsatz des § 8 Abs. 1 AÜG und zeitliche Begrenzung der Tarifdispositivität gem. § 8 Abs. 4 AÜG .....	422
VI. Zusammenfassung .....	422
6. Kapitel: Zusammenfassung .....	425
A. <i>Grund und Grenzen der Tarifautonomie</i> .....	425
I. Zweckgebundenes Grundrecht mit sozialer Schutzdimension .....	426
II. Mitgliedschaftliche Legitimation als möglicher Grund, nicht als Grenze .....	426
III. Personelle Reichweite der Tarifautonomie .....	427
B. <i>Verfassungsrechtliche Vorgaben und Spielräume</i> .....	428
C. <i>Grenzen von Außenseiterwirkungen</i> .....	429
I. Negative Koalitionsfreiheit .....	429

II. Koalitionsspezifische Rechte konkurrierender Koalitionen .....	429
D. Kompetenzdualismus zwischen Staat und Tarifvertragsparteien .....	430
E. Fazit .....	431
7. Kapitel: Stellungnahme zu aktuellen Vorschlägen aus Politik und Schrifttum .....	433
A. Stellungnahme zum Vorschlagspapier der Forschungsgruppe Differenzierungsklauseln .....	434
I. Entwurf eines Differenzierungsklauselgesetzes .....	434
II. Bewertung des Entwurfs .....	435
1. Mitgliedschaftsbasiertes Tarifsysteem .....	435
2. Einfache Differenzierungsklauseln .....	436
3. Qualifizierte Differenzierungsklauseln .....	436
a) Tariftmacht und Vertragsfreiheit .....	436
b) Negative Koalitionsfreiheit .....	437
c) Spannenklauseln in einer pluralen Tariflandschaft .....	439
d) Keine pauschale Verfassungswidrigkeit von Tarifausschlussklauseln .....	439
III. Ergebnis .....	440
B. Stellungnahme zum Eckpunktepapier des BMAS und BMF „Fairer Mindestlohn – Starke Sozialpartnerschaft“ .....	441
I. Eckpunktepapier .....	441
II. Bewertung des Eckpunktepapiers .....	442
1. Bundestariftreue .....	443
a) Systematik .....	443
b) Verfassungsrecht .....	444
c) Unionsrecht .....	446
2. Tariftreue in der Pflegebranche .....	447
3. Abweichungen von tarifdispositivem Recht nur für tarifgebundene Arbeitgeber .....	450
III. Ergebnis .....	451
C. Ausblick .....	452
Die Ergebnisse in Thesen .....	455
Literaturverzeichnis .....	457
Register .....	487